

Inhaltsübersicht

Vorwort	7
Abkürzungsverzeichnis	19
§ 1 Einleitung	25
Erster Teil: Die Hauptversammlung im Kompetenzgefüge der Aktiengesellschaft	
	31
§ 2 Historische Entwicklung und gegenwärtige Ausgestaltung der gesetzlichen Kompetenzverteilung zwischen Anteilseignerversammlung und Vorstand	32
§ 3 Entwicklung und Ausgestaltung ungeschriebener Hauptversammlungskompetenzen	54
Zweiter Teil: Ungeschriebene Hauptversammlungskompetenzen beim Erwerb von Beteiligungen und Unternehmensteilen	135
§ 4 Erwerb von Beteiligungen (<i>Share Deal</i>)	138
§ 5 Erwerb von Unternehmensteilen (<i>Asset Deal</i>)	261
§ 6 Die wesentlichen Erläuterungen und Ergebnisse des zweiten Teils sowie deren Übertragung auf den Fall »Commerzbank/Dresdner Bank«	269
Dritter Teil: Ungeschriebene Hauptversammlungskompetenzen bei der Veräußerung von Beteiligungen und Unternehmensteilen	281
§ 7 Veräußerung von Beteiligungen (<i>Share Deal</i>)	282
§ 8 Veräußerung von Unternehmensteilen (<i>Asset Deal</i>)	319
§ 9 Die wesentlichen Erläuterungen und Ergebnisse des dritten Teils	331
Vierter Teil: Zusammenfassung	335
§ 10 Die wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung	335
Literaturverzeichnis	345

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Abkürzungsverzeichnis	19
§ 1 Einleitung	25
Erster Teil: Die Hauptversammlung im Kompetenzgefüge der Aktiengesellschaft	31
§ 2 Historische Entwicklung und gegenwärtige Ausgestaltung der gesetzlichen Kompetenzverteilung zwischen Anteilseignerversammlung und Vorstand	32
A. Die Aktienrechtsreform von 1884: Vormachtstellung der Generalversammlung	33
B. Das Aktiengesetz von 1937: Entmachtung der General-/Hauptversammlung	39
C. Das Aktiengesetz von 1965: Fortbestand der Kompetenzverteilung in ihrer Struktur	45
I. Neue Ansätze im Aktiengesetz von 1965	45
II. Änderungen nach 1965	48
III. Überblick über die gegenwärtige Ausgestaltung der gesetzlichen Kompetenzverteilung	50
1. Kompetenzen der Hauptversammlung	51
2. Kompetenzen des Vorstands	52
3. Kompetenzen des Aufsichtsrats	53
§ 3 Entwicklung und Ausgestaltung ungeschriebener Hauptversammlungskompetenzen	54
A. Entwicklung ungeschriebener Hauptversammlungskompetenzen	55
I. Erste Ansätze und Zulässigkeit	55
1. Diskussion unter dem (Allgemeinen Deutschen) Handelsgesetzbuch	55
a) Erste Ansätze des Schrifttums	56

b)	Die »Grubenbahn«-Entscheidung des Reichsgerichts	57
c)	Die »Melasse«-Entscheidung des Reichsgerichts	58
d)	Der 27. Deutsche Juristentag	61
2.	Ansätze des Schrifttums unter dem Aktiengesetz von 1937	63
3.	Ansätze des Schrifttums sowie Zulässigkeit unter dem Aktiengesetz von 1965	64
a)	Zulässigkeit ungeschriebener Hauptversammlungskompetenzen	65
b)	Ansätze des Schrifttums	68
II.	Die »Holzmüller«-Entscheidung des Bundesgerichtshofs	72
1.	Sachverhalt	72
2.	Wesentliche Aussagen der Entscheidung	74
a)	Keine Zustimmungspflicht der Hauptversammlung nach § 361 AktG 1965	74
b)	Keine <i>entsprechende</i> Anwendung des § 361 AktG 1965	75
c)	Keine »faktische Satzungsänderung«	76
d)	Vorlagepflicht des Vorstands gemäß § 119 Abs. 2 AktG bei schwerwiegenden Eingriffen in Aktionärsrechte und -interessen	76
e)	Zustimmungspflicht der Hauptversammlung der Obergesellschaft bei grundlegenden Entscheidungen in der Tochtergesellschaft	78
3.	Reaktionen und Weiterentwicklung in der Folgezeit	81
a)	Qualitative Kriterien (Schutzzweck)	84
b)	Quantitative Kriterien (Wesentlichkeit)	88
c)	Dogmatische Grundlage	92
d)	Mehrheitserfordernis	95
III.	Die »Gelatine«-Entscheidungen des Bundesgerichtshofs	97
1.	Sachverhalte	97
a)	»Gelatine I«	98
b)	»Gelatine II«	99
2.	Wesentliche Aussagen der Entscheidungen	99
a)	Keine »faktische Satzungsänderung«	100

b)	Präzisierung des Anwendungsbereichs ungeschriebener Hauptversammlungskompetenzen	101
aa)	Qualitative Kriterien (Schutzzweck)	101
bb)	Quantitative Kriterien (Wesentlichkeit)	103
cc)	Dogmatische Grundlage	105
dd)	Mehrheitserfordernis	106
c)	Mangels Wesentlichkeit keine ungeschriebene Zuständigkeit der Hauptversammlung (Subsumtion)	107
aa)	Vorliegen eines Mediatisierungseffekts	107
bb)	Keine Wesentlichkeit der Maßnahmen	108
3.	Reaktionen	109
IV.	Weitere Entscheidungen des Bundesgerichtshofs	110
1.	Die Entscheidungen in den Fällen »Macrotron« und »Frosta«	111
2.	Die Entscheidung im Fall »Hofbräu«	113
3.	Die Entscheidung im Fall »Commerzbank/Dresdner Bank«	115
B.	Ausgestaltung ungeschriebener Hauptversammlungskompetenzen	116
I.	Qualitative Kriterien (Schutzzweck)	116
1.	Maßgeblichkeit des Mediatisierungseffekts	116
a)	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs	116
b)	Stellungnahme	121
2.	Begriffsbestimmung des Mediatisierungseffekts	123
II.	Quantitative Kriterien (Wesentlichkeit)	127
III.	Dogmatische Grundlage	129
IV.	Mehrheitserfordernis	131
V.	Zeitpunkt der Mitwirkung	131
Zweiter Teil: Ungeschriebene Hauptversammlungskompetenzen beim Erwerb von Beteiligungen und Unternehmensteilen		135
§ 4	Erwerb von Beteiligungen (<i>Share Deal</i>)	138
A.	Gerichtliche Entscheidungen zur ungeschriebenen Hauptversammlungskompetenz beim Beteiligungserwerb	139
I.	Entscheidungen im Fall »Commerzbank/Dresdner Bank«	140

1.	Sachverhalt	140
2.	Wesentliche Aussagen der Entscheidungen	144
a)	Landgericht Frankfurt a. M.	144
b)	Oberlandesgericht Frankfurt a. M.	148
c)	Bundesgerichtshof	156
3.	Reaktionen	157
a)	Zur Entscheidung des Landgerichts Frankfurt a. M.	158
b)	Zur Entscheidung des Oberlandesgerichts Frankfurt a. M.	161
II.	Weitere Entscheidungen	163
1.	Entscheidungen gegen eine Zuständigkeit der Hauptversammlung	164
a)	Landgericht Heidelberg	164
b)	Oberlandesgericht Frankfurt a. M.	164
c)	Schleswig-Holsteinisches Oberlandesgericht	167
2.	Entscheidungen für eine Zuständigkeit der Hauptversammlung	169
a)	Landgericht Stuttgart	169
b)	Landgericht Duisburg	170
B.	Argumentative Auseinandersetzung mit einer ungeschriebenen Hauptversammlungskompetenz beim Beteiligungserwerb	170
I.	Argumente gegen eine Zuständigkeit der Hauptversammlung	171
II.	Argumente für eine Zuständigkeit der Hauptversammlung	176
III.	Stellungnahme	183
C.	Sonderfälle	196
I.	Beteiligungserwerb gegen Ausgabe neuer Aktien	197
1.	Ordentliche Kapitalerhöhung	197
2.	Genehmigtes Kapital	198
3.	Kombination von Aktien und Barmitteln	198
II.	Fremdfinanzierung des Beteiligungserwerbs	206
III.	Beteiligungserwerb durch eine konzernleitende Holdinggesellschaft	209
IV.	Beteiligungserwerb gegen Gewährung von Beteiligungen	213
V.	Ausnahme von der Hauptversammlungskompetenz bei Gefahr im Verzug?	215

D.	Quantitative Wesentlichkeit der Transaktion	216
I.	Meinungsstand	217
1.	Schwellenwerte	217
2.	Parameter	223
II.	Stellungnahme und neue Konzeption	229
1.	Kritik am bisherigen Meinungsstand zu den quantitativen Kriterien beim Beteiligungserwerb	229
2.	Verdeutlichung anhand von (extremen) Beispielsfällen	235
a)	Beispielsfall 1: Günstiger Erwerb einer wertvollen Beteiligung	235
b)	Beispielsfall 2: Teurer Erwerb einer wertlosen Beteiligung (eines maroden Unternehmens)	237
3.	Neuer Lösungsansatz unter Berücksichtigung der Mediatisierung	238
a)	Verhältnis der abfließenden Finanzmittel zu dem (Ertrags-)Wert der Erwerbergesellschaft	239
b)	Gesamtbetrachtung	242
c)	Bezugsobjekt der Kennzahlen	242
d)	Ergebnis	247
4.	Neuer Lösungsansatz für den Erwerb krass überteuriger – insbesondere maroder – Unternehmen	247
5.	Prägnante Darstellung der neuen Konzeption	257
6.	Annex: Darstellung von Beispielsfällen in Tabellenform	258
§ 5	Erwerb von Unternehmensteilen (<i>Asset Deal</i>)	261
A.	Mangels Mediatisierungseffekts keine ungeschriebene Hauptversammlungskompetenz beim Erwerb von Unternehmensteilen	261
B.	Sonderfall: Beteiligungserwerb (<i>Share Deal</i>) mit anschließender (Konzern-)Verschmelzung (<i>Asset Deal</i>)	264
§ 6	Die wesentlichen Erläuterungen und Ergebnisse des zweiten Teils sowie deren Übertragung auf den Fall »Commerzbank/Dresdner Bank«	269
A.	Die wesentlichen Erläuterungen und Ergebnisse des zweiten Teils	269

B. Übertragung auf den Fall »Commerzbank/Dresdner Bank«	278
Dritter Teil: Ungeschriebene Hauptversammlungskompetenzen bei der Veräußerung von Beteiligungen und Unternehmensteilen	281
§ 7 Veräußerung von Beteiligungen (<i>Share Deal</i>)	282
A. Gerichtliche Entscheidungen zur ungeschriebenen Hauptversammlungskompetenz bei der Beteiligungsveräußerung	283
I. Entscheidungen der Instanzgerichte	283
1. Entscheidungen gegen eine Zuständigkeit der Hauptversammlung	284
2. Entscheidungen für eine Zuständigkeit der Hauptversammlung	288
II. Entscheidung des Bundesgerichtshofs im Fall »Hofbräu«	291
III. Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Fall »Strabag«	294
B. Argumentative Auseinandersetzung mit einer ungeschriebenen Hauptversammlungskompetenz bei der Beteiligungsveräußerung	296
I. Argumente gegen eine Zuständigkeit der Hauptversammlung	296
II. Argumente für eine Zuständigkeit der Hauptversammlung	300
III. Stellungnahme	306
C. Sonderfall: Beteiligungsveräußerung gegen Gewährung von Beteiligungen	314
§ 8 Veräußerung von Unternehmensteilen (<i>Asset Deal</i>)	319
A. Gerichtliche Entscheidungen zur ungeschriebenen Hauptversammlungskompetenz bei der Veräußerung von Unternehmensteilen	319
I. Entscheidungen gegen eine Zuständigkeit der Hauptversammlung	320
II. Entscheidungen für eine Zuständigkeit der Hauptversammlung	322

B.	Mangels Mediatisierungseffekts keine ungeschriebene Hauptversammlungskompetenz bei der Veräußerung von Unternehmensteilen	323
C.	Sonderfall: Veräußerung von Unternehmensteilen gegen Gewährung von Beteiligungen	328
§ 9	Die wesentlichen Erläuterungen und Ergebnisse des dritten Teils	331
Vierter Teil: Zusammenfassung		335
§ 10	Die wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung	335
Literaturverzeichnis		345